



Jugendhilfeausschuss	01.06.2022
Schulausschuss	01.06.2022

öffentlich

Vorlage Nr.	Ergänzung 221/2022-4
Stand	23.05.2022

Betreff Antrag der UWG-Fraktion vom 04.04.2022 betr. Prüfung für die Ausweitung der Initiative "Rettungsinsel" des Fördervereins der Johann-Wallraf-Schule e.V.

Beschlussentwurf Jugendhilfeausschuss

Der Jugendhilfeausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung zu der Ausweitung der Initiative „Rettungsinsel“ zur Kenntnis.

Beschlussentwurf Schulausschuss

Der Schulausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung zu der Ausweitung der Initiative „Rettungsinsel“ zur Kenntnis.

Sachverhalt

Seit Herbst 2021 gibt es in Bornheim die Initiative „Rettungsinsel“, die vom Förderverein der Johann-Wallraf-Schule ins Leben gerufen wurde, um Kindern sichere Anlaufstellen auf ihrem Schulweg zu bieten. Sichtbar werden diese „Rettungsinseln“ durch einen von der Grundschule Bornheim entworfenen Aufkleber, den die Ladenbesitzer am Schaufenster anbringen. Hier sollen Kinder Hilfe in Notlagen finden, z.B. bei kleineren Verletzungen, Streitereien oder wenn sie sich in Bedrängnis fühlen.

Die Teilnahme an diesem Projekt ist aktuell sehr niedrigschwellig möglich. Voraussetzung ist bisher nur das Vorhandensein eines öffentlich zugänglichen Ladenlokals mit Publikumsverkehr und die Bereitschaft, Kindern zu helfen. Es gibt keine weiteren Standards zur Beteiligung.

Beworben wird die Aktion durch Veröffentlichung in der Presse und auf Social Media – Kinder werden in den Kindertageseinrichtungen und den Grundschulen auf das Angebot hingewiesen.

Bisher nehmen etliche Geschäfte in Bornheim-Ort teil; eine Ausdehnung auf Walberberg ist geplant. Eine Auswertung liegt noch nicht vor.

Der bisherige Träger (Förderverein Johann-Wallraf-Schule) hat seine Kooperationsbereitschaft mit der Stadt Bornheim auch in Bezug auf eine Anpassung des Konzeptes signalisiert.

Pädagogische Einschätzung:

Grundsätzlich ist die Hilfsbereitschaft vieler Ladenbesitzer zu begrüßen, die sich für Kinderfreundlichkeit engagieren wollen. Nichtsdestotrotz gibt es zu dem vorliegenden Konzept einige kritische Anmerkungen.

Im Dezember 2013 veröffentlichte der Deutsche Kinderschutzbund Landesverband NRW e.V.

die „Ergebnisse der kritischen Auseinandersetzung mit Notinseln & Co“. Die folgenden Ausführungen orientieren sich an dieser Handreichung.

- Kinderschutz sollte Anliegen aller sein; mit solchen Aktionen wird der Anschein erweckt, als handle es sich bei einem Bekenntnis zum Kinderschutz um eine persönliche Entscheidung. Grundsätzlich ist es die Aufgabe der gesamten Kommune, ein kinderfreundliches Lebensumfeld zu schaffen.
- Es wird das Klischee des „bösen Fremden“ bemüht, obwohl erwiesen ist, dass sexualisierte Gewalt an Kindern eher im familiären Kontext geschieht. Mit dem Aufkleber wird suggeriert, dass es sich hier um einen sicheren Ort handelt. Dabei wird ignoriert, dass Pädosexuelle alle möglichen Orte aufsuchen, um mit Kindern in Kontakt zu kommen.
- Wie bekannt das Projekt „Rettungsinseln“ bei der Zielgruppe ist, ist unklar. Kinder sind selbst oft unsicher, ob sie Fremde ansprechen sollten – auch Ladenbesitzer dürften für die meisten Kinder Fremde sein. Gerade jüngere Kinder brauchen vertraute Bezugspersonen oder bekannte Institutionen (z.B. Polizei), um sich Unterstützung zu holen. Insofern ist fraglich, ob die gewünschten Effekte mit dem aktuellen Konzept erzielt werden können.

Empfehlung:

Grundsätzliche Voraussetzung für die Beteiligung der Stadt Bornheim an dem Projekt „Rettungsinseln“ ist die Einführung und Einhaltung von verbindlichen Standards. Diese Standards können in Abstimmung mit Projektträger (Förderverein der Johann-Wallraf-Schule) und Jugendförderung konkretisiert werden und sollten u.a. beinhalten:

- Partizipative Auswahl der potenziellen Projektpartner durch Kinder
- Vorlage eines erweiterten Führungszeugnisses
- Informations- und Schulungsveranstaltung
- Informationsmaterial zu weiterführenden Hilfen
- Klärung von Datenschutz und Verschwiegenheit
- Qualitätssicherung u.a. durch Evaluation

Als Kooperationspartner für weitere Projektstandorte bieten sich die Fördervereine der Grundschulen an. Die Wirtschaftsförderung der Stadt Bornheim könnte sowohl die Kommunikation mit den Gewerbetreibenden als auch die Öffentlichkeitsarbeit übernehmen.

Finanzielle Auswirkungen:

keine

Anlagen zum Sachverhalt:

„Ergebnisse der kritischen Auseinandersetzung mit Notinseln & Co“, Deutscher Kinderschutzbund Landesverband NRW e.V., Dezember 2013